

Erklärungen im Widerstreit

Erhard Crome

Verschiedene Gruppierungen in politischer Klasse und Mainstream-Medien versuchen, der neuen Bundesregierung ihre Richtung aufzuzwingen. Besonders die transatlantische Fraktion will eine engere Bindung an die derzeitige US-Politik durchsetzen. Am 14. Januar 2022 publizierte die Onlineausgabe der *Zeit* einen Brief von 73 „Experten“ der Osteuropa- und Sicherheitspolitik. Sie fordern eine „Korrektur deutscher Russlandpolitik“, gegen „den zunehmend aggressiven Kurs“ Russlands. Deutschland „als größte europäische Wirtschaftsmacht“ dürfe dem nicht „tatenlos“ zusehen. Diplomatische Mittel zur friedlichen Beilegung von Konflikten und zur Vertrauensbildung werden als „lediglich verbale oder symbolische Reaktionen Berlins“ denunziert, sie würden „den Kreml nur zu weiteren Eskapaden verleiten“. Russland stelle „die seit Ende des Kalten Krieges in Europa geltende Sicherheitsordnung von Grund auf infrage.“ Initiiert wurde der Brief von dem Politikwissenschaftler Andreas Umland, der zuvor bereits als Vertreter ukrainischer Sichtweisen hervortrat. Unterzeichner waren u.a. Gerhard Simon, der bereits im Kalten Krieg am Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien als Kreml-Astrologe diente, sowie Hannes Adomeit, in selbigem Sinne seit Ende der 1970er Jahre bei der Stiftung Wissenschaft und Politik tätig, damals noch in Ebenhausen nahe München, zudem Carlo Masala, Professor an der Bundeswehruniversität München, der Osteuropahistoriker Karl Schlögel und ein früherer deutscher Botschafter in Moskau.

Der britisch-amerikanische Historiker Adam Tooze betonte, Russland habe nicht nur militärisch Gewicht in der Welt, sondern sei als „strategischer Petrostaat“ ein viel zu großer Teil der globalen Energiemärkte, als dass „Sanktionen (...) nach iranischem Vorbild möglich wären“. Zudem verfügt Russland über die viertgrößten Devisenreserven der Welt, nach China, Japan und der Schweiz, was Putin „strategische Handlungsfreiheit“ gebe (*Berliner Zeitung*, 29./30. Januar 2022).

„Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland“ plädierte eine gegensätzliche Erklärung vom 5. Dezember 2021. Darin wurde „allergrößter Sorge“ Ausdruck gegeben angesichts der „Eskalation im Verhältnis zu Russland“: „Wir drohen in eine Lage zu geraten, in der ein Krieg in den Bereich des Möglichen rückt“. Für die Ukraine-Krise gebe es „keine militärische Lösung“. Es gelte, „Russland und auch die NATO wieder aus einem konfrontativen Kurs herauszuführen“. Zudem müssten ökonomische Kooperationsangebote

gemacht werden, um „Win-win-Situationen“ zu schaffen. Zu den 27 Unterzeichnern gehörten sechs frühere Generäle der Bundeswehr, darunter Klaus Naumann, ehemals Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, drei Oberste a.D., sechs frühere BRD-Botschafter sowie Professoren der Politikwissenschaft, darunter von der Bundeswehr-Universität Hamburg und vom dortigen Institut für Friedensforschung. Verantwortlich zeichnete Politikprofessor Johannes Varwick, bis 2021 Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik.

General Harald Kujat, ebenfalls ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, warnte Ende Dezember 2021 in Übereinstimmung mit dieser Erklärung, auch wenn er sie nicht mitunterzeichnet hatte. Auch das änderte nichts an der Fortsetzung der antirussischen Kampagne in Deutschland. Der sozialdemokratische „Willy-Brandt-Kreis“ publizierte Anfang Januar 2022 seine „Erklärung zur aktuellen Ukraine-Krise und zur europäischen Friedensordnung“. Ziel müsse sein, „einen Krieg um die Ukraine zu verhindern und mittelfristig die tieferliegenden europäischen Sicherheitsprobleme zu lösen“, wozu „auch Russlands Interessen Berücksichtigung finden“ müssen. Unterzeichner waren u.a. die einstigen SPD-Bundesministerinnen Heidemarie Wieczorek-Zeul und Edelgard Bulmahn, die frühere Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer (Grüne) und Horst Teltschik (CDU).

Doch diese Rufe verhallten, die Eskalation geht weiter. Deshalb hat das *WeltTrends*-Institut Ende Januar eine eigene Erklärung veröffentlicht: Wir fordern „von der neuen deutschen Bundesregierung eine Rückbesinnung auf die Eckpfeiler der Friedenspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr. Sicherheit für Deutschland und die EU ist nur möglich gemeinsam mit Russland.“ Im Vergleich zu den globalen Mächten des 21. Jahrhunderts – USA, China, Indien, Russland – ist dieses Deutschland regionale Mittelmacht. Nur im Dienste der Entspannung sollte es laut werden. 🌐

*Zur Erklärung des WT-Institut für Internationale Politik:
<http://welttrends.de/res/uploads/WeltTrends-Erklärung-Frieden-220124-2.pdf>*

Dr. habil. Erhard Crome

geb. 1951, Politikwissenschaftler und Publizist, geschäftsf. Direktor des *WeltTrends*-Instituts für Internationale Politik

crome.institut@welttrends.de

